

# presse

---

## **Rahmenbedingungen für Tourismuspolitik müssen verbessert werden**

Anlässlich des gestrigen tourismuspolitischen Informationsgespräches der Arbeitsgruppe Tourismus mit Verbänden, Organisationen und Unternehmen der Tourismusbranche erklärt der tourismuspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Hans-Joachim Hacker:

Der Wirtschaftszweig Tourismus ist im stetigen Wachstum. 2012 wurde erstmals die Marke von 400 Millionen Übernachtungen in Deutschland geknackt. Die Profiteure dieser Entwicklung sind besonders die Großstädte. Ländliche Räume können jedoch kaum profitieren. Hier muss Politik ansetzen.

Es werden Rahmenbedingungen benötigt, die den Tourismusmarkt stärken. Handlungsbedarf gibt es zum Beispiel bei der Tourismusförderung, denn die Haushaltssituation der Städte und Gemeinden gefährdet auch die Infrastruktur der Tourismusdestinationen. So wird der Rotstift häufig bei den Tourismusinformationen angesetzt.

Auch bei der Ausweitung der Ferienzeitzregelung – in 2014 wird es einen Ferienkorridor von lediglich 71 Tagen statt möglichen 90 Tagen geben – besteht Handlungsbedarf. 20 Tage weniger ergeben einen geschätzten Verlust von täglich 100 Millionen Euro für die Tourismuswirtschaft. Hier muss die Bundesregierung im Rahmen der Kultusministerkonferenz Einfluss auf die Länder nehmen, damit endlich eine befriedigende Lösung für die Branche gefunden wird.

Tourismuspolitik muss sich verstärkt auch in den Querschnittsfeldern einsetzen, statt Nischen zu suchen und sich zudem stärker für Verbraucherschutzrechte einsetzen.

Für die Tourismuspolitiker der SPD-Bundestagsfraktion gehört zur Stärkung der Rahmenbedingungen für die Tourismuswirtschaft die Schaffung eines gesetzlichen flächendeckenden Mindestlohns in der Tourismusbranche, die Fortschreibung eines deutschlandweiten Tourismuskonzeptes und die Aufnahme des Kinder- und Jugendtourismus in die tourismuspolitischen Leitlinien der Bundesregierung. Der boomende Wassertourismus darf durch die Reform der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung nicht eingeschränkt werden. Unterstützt werden soll das Hotel- und Gaststättengewerbe bei der Bewältigung der Herausforderungen der Energiewende. Außerdem benötigen die Regionen konkrete Hilfe bei der Umsetzung der von der Bundesregierung aufgestellten Handlungsempfehlungen für den Landtourismus.